

Gliederung:

I. Grundsatzfragen

1. Begriff der Verkehrssicherungspflicht
2. Verkehrssicherungspflicht nach dem Maß situationsbezogener vernünftiger Sicherheitserwartungen
3. Relativierung der Sicherheitserwartungen durch Eigenverantwortlichkeit des Gefährdeten
4. Gefahrenlagen, in denen die Verkehrssicherungspflicht nicht einsetzt
 - a) Gefahren, die vor sich selbst warnen
 - b) Unverschuldetes Fehlen eines Gefahrbewusstseins
 - c) Faktische Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Gefahrenabwehr
5. Übertragung der Verkehrssicherungspflicht
6. Bedeutung von DIN-Normen und Unfallverhütungsvorschriften für das Maß der Verkehrssicherungspflicht
7. Bedeutung behördlicher Genehmigungen für die Verkehrssicherungspflicht
Privater

II. Neuere Tendenzen und Entwicklungen in der Rechtsprechung

1. Erweiterung des Kreises der Verkehrssicherungspflichtigen, Vermeidung einer Schutzlücke
2. Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten
3. Erweiterung der Pflichtenstellung des Verkehrssicherungspflichtigen
4. Verkehrssicherungspflicht gegenüber Unbefugten, insbesondere Kindern
5. Relativierung der Verkehrssicherungspflicht durch gleichgerichtete Schutzpflichten Dritter, insbesondere der Eltern

III. Verkehrssicherungspflicht nach Gefahrenquellen

1. Straßen, Wege und unbebaute Grundstücke
 - a) Schutzvorkehrungen
 - b) Räum- und Streupflicht
 - c) Straßenzustand, -bauarbeiten, -bäume, Arbeiten auf Grünstreifen
2. Häuser und bebaute Grundstücke
4. Sportstätten und Badeanstalten
5. Öffentliche Verkehrsmittel
6. Psychiatrische Kliniken, Rehabilitationszentren, Alten- und Pflegeheime
7. Gewerbebetriebe, Kaufhäuser
8. Gefahrenträchtige Gerätschaften, Umweltgefahren
9. Gefahren durch Tierhaltung
10. Sonderproblem: Verkehrssicherungspflicht des Waldbesitzers

IV. Beweisprobleme

1. Beweislastverteilung, Beweiserleichterungen
2. Anscheinsbeweis